

Bochholter Volksblatt

Anholter Zeitung

Bezugspreis: Durch die Geschäftsstelle monatl. 85 Pf., von der Post abgeholt vierteljährl. M. 2.55, durch Postboten ins Haus gebracht M. 2.97. Erscheint tägl. ausgl. des Tages nach Sonn- u. Feiertagen. Geschäftsst.: Bocholt, Nordstr. 27 (Fernspr. 22). Rhede, J. G. Hams. Anholt Wilhelm Welling.

Anzeigenpreis: Für Einheimische die Kleinzeile oder deren Raum 15 Pf., für Auswärtige 20 Pf. Textanzeigen kosten die Kleinzeile 50 Pf. Bei Wiederholungen entsprechende Nachlässe. Anstufung und Angebotsgebühr 25 Pf. Bei Klage-Erhebung, Konturen a. l. m. wird der bewilligte Nachlass hinfällig.

Amtlicher Anzeiger der Städte Bocholt und Anholt, der Aemter Rhede, Dingden, Biedern und Werth

47. Jahrgang

Sonntag, 3. März 1918

Nummer 53

Der Ausfall der spanischen Wahlen.

Seit Kriegsbeginn wütet in Spanien, wie in den anderen romanischen Ländern Europas und Amerikas — wenn auch nicht mit derselben Schärfe — der Kampf um die Neutralität des Landes. Während jedoch nach einander Italien, Portugal, Rumänien und ein großer Teil der lateinamerikanischen Republiken sich unter dem Drängen gewerbsmäßiger Heerführer an die Seite der Entente gestellt haben, sind Spaniens Regierung und Volksmehrheit bisher in ihrem unbedingten Neutralitätswillen fest geblieben, obwohl der Völkerverbund mit Hilfe seiner eigenen und vor allem der spanischen Agitatoren vom Schlage der Republikaner Lerroux und Melquiades Alvarez nichts unterlassen hat, um ihrer leidenschaftlichen Propaganda zum vollen Siege zu verhelfen. Man muß offen zugeben, daß es den Spaniern nicht immer leicht geworden ist, dem Drängen einer interventionistischen Gruppe erfolgreich zu widerstehen, denn die wirtschaftlichen Zustände des Landes schienen oft nicht dazu angetan zu sein, seine bisher so sorgsam gehobene „splendid isolation“ auf die Dauer aufrecht zu erhalten. Denn Spanien geht es mit der Beschaffung von Rohstoffen im Grunde nicht anders, als den meisten anderen Ländern, und gerade von der interventionistischen Presse wird stets mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß alle aus diesem Mangel sich ergebenden Unbequemlichkeiten durch offenen Anschluß an die Entente wie im Nu verschwinden würden. Diese würde als Entgelt für die zu leistende militärische Unterstützung sofort große Mengen Rohstoffe nach der überflüssigen Halbinsel senden, damit die Fabriken dort nicht länger still zu liegen und die Arbeiter infolge dessen zu feiern und Not zu leiden brauchen. Auch sei nicht zu unterschätzen, daß die Vereinigten Staaten dann im stärkeren Maße als bisher Lebensmittel nach Spanien schicken würden, denn obwohl das Land im Kriege doch nicht unmittelbar zu leiden hat, macht sich der Mangel an Versorgung aller Art allmählich auch hier unannehmlich bemerkbar. Dabei steht doch nur zu klar auf der Hand, daß alle diese Versprechungen von der Entente kaum durchzuführen wären, denn sie kann doch nicht von Dingen abgeben, mit denen sie selber kaum hinreichend versorgt ist und ist selbst viel zu sehr auf die Nahrungsmittelzufuhr aus Amerika angewiesen, um eine Lieferung für wünschenswert zu halten. Bemerkenswert ist, wie sich über dieses Thema der bekannte spanische Publizist P. G. J. Alvarez äußert: „Mit Mißtrauen muß jedes Anerbieten betrachtet werden, das auf eine ententeistische Unterstützung und Förderung der spanischen Entwicklung der überflüssigen Monarchie abzielt. Spanien muß sich voraussichtlich mit dem Kapital, das es durch die Neutralität erhielt, beinahe; es darf seine Anstrengungen nicht auf fremdes Kapital aufbauen, es darf keine Abhängigkeit nicht mit fremdem Kapital haben lassen. Gleichzeitigkeit mit der äußeren spanischen Schuld muß das gewerbliche Leben nationalisiert werden, ein Abweichen von diesem Dogma muß Spanien an Portugal anknüpfen. Spanien gemäß den englischen Pflichten zu einem Hinterland Gibraltar machen. Das Gebot der Stunde ist für Spanien keine Kooperationspolitik, und die Förderung der Zukunft ist kein wie auch immer geartetes Bündnis; nur in Nationalisierung des gesamten Lebens liegt Spaniens Zukunft und in einer Freiheit des Handels allen Mächten gegenüber.“

Diese Erneuerung des Landes ist denn auch die Plattform, unter der die augenblickliche Regierung des streng auf Neutralität bedachten Ministerpräsidenten Garcia Prieto die allgemeinen Wahlen ausgeschrieben hat, deren endgültige Ergebnisse uns jetzt vorliegen. Danach haben sich die Bestrebungen mancher die mit unangehörigen Mitteln für sofortigen Anschluß an die Entente eintretenden Republikaner und Radikalen können die Mehrheit der Stimmen an sich reißen, nicht bewahrt, denn trotz ihrer gewaltigen Agitation haben sie eine nicht zu demäntelnde Niederlage erlitten, während die rechtsliberale Partei des Ministerpräsidenten Garcia Prieto überraschend gut abgeschnitten hat; sie wird die stärkste Cortesfraktion werden. Auch die Monarchisten unter Mauras Führung und die konservativen Katholiken unter Führung von Lerroux haben in der Kammer einzeln und mit ihnen kommen als Vertreter einer unbedingten Neutralität nach beiden Seiten die sogenannten Regionalisten oder Catalonisten Catalonien in Betracht, die gerade hier im Brennpunkt republikanischer und ententeistischer Bestrebungen einen überraschenden Sieg über die Anhänger Lerroux davongetragen haben. Sie sind Anhänger Prietos, in dessen Kabinett zwei ihrer Mitglieder sitzen, und verstärken die Partei der Neutralisten.

Was uns Deutsche anbetrifft, so läßt sich nicht, daß von einer allgemeinen Durchsetzung Spaniens mit deutschfreundlichen Tendenzen zu sprechen. Das Land will nur Frieden. Aber es erfüllt uns doch mit Genugtuung, daß dieses letzte neutral gebliebene große Land

Der Gegenangriff.

Bevor der Reichstag wieder zusammentrat, jubelte die alldeutsche Presse schon ziemlich deutlich über das Ende der Reichstagsmehrheit. Der Verlauf der Etatsdebatten zeigt nun, daß jene Kreise zu früh jubelt haben. Die Reichstagsmehrheit ist nicht nur unerschrocken, sondern auch wesentlich gefestigter aus der großen Aussprache hervorgegangen. Nicht zuletzt ist das ein Verdienst ihrer grimmigen Gegner in Presse und Parlament. Die konservative Führung im Reichstag hat selten ungeordnet bei der Rede des Herrn v. Pappe viel selbst den freikonservativen Führer Ottavio von Zedlitz auf die Nerven, so daß er deutlich von ihren Urhebern abriß. Herr von Heydebrand erreichte durch seine Rede schließlich, daß der Kanzler in vollem Umfange den Vizekanzler bedachte, und im Endergebnis liegen die Dinge doch wieder so, daß

Herr von Heydebrand Arm in Arm mit Herrn Haase Reichstagsmehrheit und Reichsregierung in die Schranken fordert. Der konservative Führer hat sich zwar mit Händen und Füßen gegen diese Gleichstellung gewehrt, aber er hat alles getan, um sich schließlich doch wieder in sie hineinzumandrieren. Es ist Herr von Heydebrand auch nicht durch seine Taktik gelungen, die Nationalliberalen aus der linken Vereinigung mit der Reichstagsmehrheit zu lösen. Im Gegenteil: durch das nachdrückliche Bekenntnis der nationalliberalen Reichstagsfraktion zum gleichen Wahlrecht in Preußen ist die Demarkationslinie nach rechts entschieden verschoben worden. Herr von Heydebrand ist auf der ganzen Linie der Besiegte. Regierung und Reichstagsmehrheit stehen fester verknüpft und deutlicher gegen rechts und links abgehoben da.

Das dieses erfreuliche Ergebnis konstatiert werden kann, trotzdem die innerpolitischen Dinge außerordentlich verwickelt und schwierig liegen, ist besonders begrüßenswert. Es wird das gerade auf das feindliche Ausland eine durchaus glänzende Wirkung haben. Die Friedensresolution vom 19. Juli ist durch die letzten Reichstagsverhandlungen erneut bekräftigt worden, und diese Befestigung ist eine bedeutsame Unterbrechung der Reichstagsrede des Grafen Hertling.

in Europa so nachdrücklich seinen Standpunkt vertritt und sich nicht durch unsaubere Nachschärfen zum offenen Anschluß an unsere Feinde bestimmen läßt.

Osteuropa. Großrußland.

Auch Petersburg will die Deutschen begreifen.

Der verzweifelte Hilferuf aus Estland, Livland, Finnland und der Ukraine schließt sich jetzt auch solche aus Petersburg an. Wie der Sonderberichterstatter der „Times“ vom 21. Februar meldet — man wird also nicht behaupten können, der Hilferuf sei in Berlin versagt —, war er am 20. Februar Zeuge folgender Szene:

„Gestern wachte ich einem charakteristischen Vorgange bei. Eine Frau wollte Schweinefleisch kaufen und verlangte nach dem Preise. Der Metzger antwortete: 8 Rubel (= ca. 17 Mark) das Pfund. Die Frau kaufte daraufhin mehrere Pfunde, wandte sich aber beim Weggehen an den Metzger und sagte:

„Warten Sie nur bis die Deutschen kommen! Die werden es schon zu verhindern wissen, daß wir von solchen Menschen, wie Sie sind, beschützt werden.“

Im gleichen Augenblick traten 4 deutsche Gefangene in den Laden, um daselbst ihre Einkäufe zu machen. Die Frau drehte sich nach ihnen um und rief:

„Da sind sie ja schon, aber ich möchte wünschen, daß sie Bessere in den Händen hätten!“

Mittlerweile hatte sich eine Anzahl Leute um die Gruppe versammelt und ich hörte unter anderen Bemerkungen auch folgende:

„Sei es Sie (die Deutschen) kommen, desto besser, die Deutschen sind unsere einzige Hoffnung.“

Der Berichterstatter des englischen Blattes fügte hinzu: „Diese Szene stellt die Meinung der überwältigenden Mehrheit der Einwohnerstadt Petersburgs dar. Die Petersburger sind die Revolution leid, ebenso die Unordnung, die Lebensmittelmangel und vor allem die Ungewißheit ihrer Lage, denn wenn sie abends schlafen gehen, wissen sie niemals, unter welcher Form der Tyrannei sie wieder erwachen und welche neue Beschränkung ihrer persönlichen Freiheit ihnen wieder auferlegt wird. Sie behaupten, allen Unannehmlichkeiten der zaristischen Regierung ausgeliefert zu sein, ohne der Unmöglichkeit des früheren Zarenregiments teilhaftig zu werden.“

Ein den Staatsmännern der Westente ist es sehr, in größter Stunde eingeleitet. Die russische Erziehung sollte sie zur Einsicht bringen. Wir sind zur Verständigung bereit, aber im ganzen deutschen Volke ist auch das volle Verständnis dafür vorhanden, daß das Schwert den Frieden erzwingen muß, wenn der verbrecherische Wahn der feindlichen Staatsmänner dies erfordert.

Die Reichstagsdebatten haben aber auch noch in einem anderen Punkte Klarheit geschaffen. Noch ungeklärt als die konservative Führung im Parlament ist die Vertretung der alldeutschen konservativen Interessen in der Presse. Diese Presse bekämpft die Reichstagsmehrheit in einer geradezu krankhaften Weise. Der Vizekanzler hat das Uebermaß dieses Kampfes zurückgewiesen, und auch Staatssekretär Wallraf hat sich am Schluß seiner ersten Rede sehr deutlich gegen Schlagworte, wie „Hungerfrieden“ usw. gewendet. Aus dem Kreise der Mehrheit sah man sich aber zu einem besonders scharfen Gegenangriff genötigt. Hat die konservative Reichstagsfraktion eine Niederlage erlitten, so muß man feststellen, daß das Ergebnis der Staatsdebatten für die alldeutsche Presse einer Katastrophe gleichkommt. Erzwungen leuchtet an der Hand der Tatsachen einmal in die dunklen Kanäle hinein, die von den Interessengruppen der Schwerindustrie zur publizistischen Vertretung des Alldeutschtums führen. Ähnliche Feststellungen wurden auch von Dr. Wiemer und Dr. Landberg gemacht. Es handelt sich einfach darum, daß nicht mehr um Ideen im freien Geisteskampf gerungen wird, sondern daß die Konservativen auf Grund der Macht, die ihnen ein veraltetes Anrecht gewährt, und die Schwerindustrie auf Grund ihres Geldes sich politisch zu behaupten suchen. Das letztere ist eine besondere Gefahr. Gerade die Kreise, die das Wort national fortwährend unmißlich im Munde führen, versuchen die deutsche Presse französisch und amerikanischen Zuständen anzunähern. Dagegen Front zu machen, ist ein hohes deutsches Interesse und seine Wahrnehmung durch die Reichstagsmehrheit ein nationales Verdienst.

Lenin und Trotski organisieren die Verteilung Petersburg.

23. Berlin, 1. März. Nach einer Petersburger Depesche setzte der Rat der Volkskommissare ein Direktorium ein, dem außerordentlichen Vollmachten verliehen wurden. Das Direktorium, dem Lenin und Trotski angehören, beschloß die Generalmobilisierung zur Verteilung von Petersburg.

Die Entlassung der Kriegsgefangenen.

23. Budapest, 28. Februar. An kompetenter Stelle wird erklärt, daß die russische Regierung zwar eine Vereinbarung in der Angelegenheit des Gefangenen-austausches noch nicht getroffen hat, die Kriegsgefangenen aber trotzdem bereits entläßt.

Kerenski in Paris.

23. Berlin, 1. März. Nach einer Meldung des „Journal“ soll Kerenski auf seiner unter großen Schwierigkeiten vor sich gegangenen Flucht aus Rußland in Paris einetroffen sein. Er dürfte sofort mit politischen Persönlichkeiten in Verbindung treten.

Finnland.

Deutscher und finnischer Gesandter.

23. Berlin, 1. März. Staatsrat Hielt wird sein Beglaubigungsschreiben als Gesandter Finnlands in Berlin überreichen, sobald die schwebenden Verhandlungen über gewisse Verträge zwischen Deutschland und Finnland abgeschlossen sind. Als deutscher Gesandter bei der finnischen Regierung ist der Generalkonsul von Gothenburg, Dr. von Brühl, auszuweisen.

Ukraine.

Einmarsch der Oesterreicher in Podolien.

23. Wien, 1. März. Amtlich wird verlautbart:

Weslich der Brenna schloßte ein Vorstoß der Italiener.

Von der Regierung und den Bewohnern immer wieder in den jüngsten Tagen besonders eindringlich aufgerufen, sind gestern die Truppen des Feldmarschalls von Boehm-Ermolli zu friedlicher Intervention in Podolien eingedrückt und

haben die Linie Nowosjelska—Chotin—Ramenice—Bobolst erreicht. Die an den Bahnen und wichtigen Straßen vorbringenden Abteilungen haben den Auftrag, in den durchgeführten Gebieten Ruhe und Ordnung herzustellen und die für die Einfuhr nötigen Handelswege zu sichern. Bisher haben nahezu 10 000 Russen die Waffen gestreckt. Beträchtliche Mengen an Munition, Fuhrwerken und tollendem Material wurden geborgen.

Der Chef des Generalstabes.

Sibirien.

Japans Eingreifen in Sibirien.

Amsterdam, 1. März. Die „Morning Post“ berichtet aus Schanghai nach chinesischen Blättern, Japan mobilisiere seine Truppen, um in Sibirien einzurücken. China werde mit vier Divisionen teilnehmen.

Amsterdam, 1. März. Nach einer Meldung der Associated Press aus Washington hat sich Japan an die Vereinigten Staaten und an die verbündeten Mächte mit dem Vorschlag gewandt, gemeinsam in Sibirien militärische Vorbereitungen zu treffen. Es handelt sich vor allem darum, die großen Vorräte aller Art, die längs der sibirischen Bahn lagern, in Sicherheit zu bringen. Die Regierung der Vereinigten Staaten sei mit dem Vorschlag nicht ganz einverstanden, werde aber im Verlaufe der Verhandlungen vielleicht doch noch zustimmen. Weiter berichtet, gleichzeitig habe eine Überprüfung Balfours mit dem japanischen Botschafter stattgefunden. Nach einem Peking Telegramm der „Times“ handelt es sich bei dem Eingreifen Japans zunächst um die Sicherung der in Sibirien lagernden 500 000 Tonnen Munition.

23. Berlin, 28. Februar. Fünf Kreuzer japanischer, englischer und französischer Herkunft haben, nach zuverlässig erscheinenden Nachrichten, Truppen in Wladivostok gelandet und den Hafen, den einzigen großen russischen Handelshafen im Stillen Ozean, besetzt. Weiter wird bekannt, daß der japanische Ministerpräsident das Eingreifen gegen Rußland in einer Geheiminsignierung der Kammer angekündigt hat.

Vom Frieden.

Unterzeichnung des deutsch-russischen Friedens unmittelbar bevorstehend.

23. Berlin, 1. März. Die Friedensverhandlungen zwischen den Mittelmächten und Rumänien sind unterbrochen worden, weil Herr v. Kühlmann und Graf Czernin zur Unterzeichnung des Friedensvertrages mit der Smolnizregierung nach Brest-Litowsk gerufen wurden. Die mit dem formellen Abschluß der deutschen Verhandlung betrauten Vertreter der fünf in Betracht kommenden Mächte sind vollständig in Brest-Litowsk versammelt. Die Unterzeichnung des Friedensvertrages zwischen den Mittelmächten und Rußland steht unmittelbar bevor.

Geringe Verständigungsaussichten mit Rumänien.

Der rumänische Ministerpräsident, General Averescu, hat sich wieder nach Jassy begeben, um dort mit König Ferdinand und den übrigen Mitgliedern des Kabinetts über die Fragen, in denen keine Übereinstimmung erzielt werden konnte, zu beraten. Die Friedensverhandlungen in Bukarest sollen nach der Rückkehr Kühlmanns und Czernins wieder aufgenommen werden. Die Aussichten auf eine glückliche Verständigung sind indessen gering.

Balfour über Hertlings Rede.

Im englischen Unterhause wurde durch den Liberalen Lord eine Erörterung über Graf Hertlings Rede herbeigeführt. Balfour sagt: Die Diplomatie sei, was die Verhandlungen unter den Kriegführenden anbetrifft, ausgefallen, bis sich ein solches Maß möglicher Übereinstimmung zwischen den Kriegführenden gebildet habe, daß man von diplomatischen Unterredungen gute Ergebnisse erwarten könne. Er spreche es mit tiefem Bedauern aus, daß nach allen Anzeichen dies erfreuliche Stadium noch nicht erreicht sei. Wie könnten Besprechungen jetzt stattfinden, wenn Hertlings Rede das Höchstmaß denkbarer Zugeständnisse darstellte? Balfour spottete über Hertlings angebliche Annahme der Grundprinzipien Wilsons und sagte, er würde an der Sache des Friedens das größte Unrecht tun, wenn er die Hoffnung ermutigte, daß es irgend einen Zweck hätte, mit mündlichen Unterredungen zu beginnen, ehe etwas wie eine allgemeine Übereinstimmung in der Ferne sichtbar sei.

Deutscher Tagesbericht.

Großes Hauptquartier,
2. März 1918, Amstich.
Westlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Kronprinz
Rupprecht von Bayern.

Nur in wenigen Abschnitten lebte am Abend
die Gefechtsfähigkeit auf. Eine Erkundung
bei Hollebeke und südlich von St. Quentin
brachten Gefangene ein.

Front des deutschen Kronprinzen.

An vielen Stellen der Front führten wir er-
folgreiche Unternehmungen durch.
Südlich von Reims drangen heftige Truppen
in das zerstörte Fort Pompelle ein.

Rheinländer und Westfalen stießen
nordwestlich von Prosnes tief in die feindlichen
Stellungen ein.

Die aus den Februarkämpfen südlich von
Tahure noch in Feindeshand gebliebenen Gra-
benkette wurden von baltischen und sibirischen
Truppen im Angriff geläubert.

Auf dem Westufer der Maas führten
rheinische Kompanien die feindlichen Gräben
südlich von Haucourt. Nach Durchführung
ihrer Erkundung führten unsere Truppen mit mehr
als 400 Gefangenen und zahlreichen erbeu-
teten Maschinengewehren in ihre Ausgangsstellungen
zurück.

Die südlich von Tahure gewonnenen Gräben
wurden gehalten und gegen französische Gegenan-
griffe behauptet.

Seeresfront des Generalfeldmarschalls Herzogs
Albrecht von Württemberg.

Zwischen Maas und Moele lief Infan-
terie mit Pionieren in die feindlichen Gräben nord-
östlich von Seichepreux vor. Die amerikani-
sche Besatzung erlitt schwere Verluste und ließ
12 Gefangene ein.

Hauptmann Ritter von Luczel errang durch
Abschuß eines feindlichen Festballons seinen 25.
Luftsieg.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Eishorn.

In Estland und Livland nehmen die
Operationen ihren Verlauf.

Seeresgruppe Linsingen

In Verfolgung des bei Kietikiza gefla-
genen Feindes haben wir Gornel genommen.
Kiew, die Hauptstadt der Ukraine, wurde
durch Ukrainer und tschische Truppen befreit.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generallieutenantmeister
Ludendorff.

Meldungen des Admiralstabes.

Neue U-Boots-Erfolge.

MTB. Berlin, 2. März. (Drachh.) Amstich.
U-Booteerfolge auf den nördlichen Kriegsschaup-
plätzen:

23000 Brutto-Register-Tonnen

Diese Erfolge wurden hauptsächlich in der Tri-
stien-See und im Ärmellanal erzielt.

Unter den versenkten Schiffen waren wertvolle
Dampfer von 8000 und 4000 Br.-R.-T. und ein
Kriegsschiff von 3500 Br.-R.-T. großer Dampfer, die
im Ärmellanal aus stark ausgerüstetem großem Geleits-
zuge herausgeholt wurden.

Namentlich feststellte wurde der englische Mo-
torer „Ara Dra“, der französische Segler „Com-
mandant Barakat“ mit Grubenholz, von La Ro-
chelle nach Cardiff, die englischen Fährfahrzeuge
„Commander Snow Drop“, „Jinx“, „Leonora“,
„Rope“, „Bud“, „Valia“ und „Dane“.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Die Unruhen der britischen Keeser
über die Generalpolitik des Admirals George

einer solchen Zeit noch die Tilgung der Reichsanleihen
zu beschleunigen, indem man den bestehenden Klassen,
die doch das wirtschaftliche Leben aufrechterhalten wol-
len, einen Teil ihres Vermögens in überhöhter Weise
zu entziehen sucht? Eine Finanzverwaltung, die diesen
Weg gehen würde, würde sich selbst den Weg zum Wi-
derstand des Wirtschaftslebens verschaffen. (Sehr rich-
tig!) Ist denn überhaupt eine so schnelle Tilgung not-
wendig? Noch bis vor wenigen Jahren haben deutsche
Städte an Kriegsschulden und Kontributionen aus der
napoleonischen Zeit abtragen müssen. Nun ist der Vor-
schlag gemacht worden, die direkten Steuern auch für
das Reich in Anspruch zu nehmen. Ich würde das für
einen Fehler halten. (Sehr richtig! rechts und im Zen-
trum.) Ich habe es nicht für richtig gehalten, daß man
die großen Gewinne, die richtigbar oder unmittelbar
aus Kriegsgeschäften erzielt worden sind, steuerrechtlich
ebenfalls behandelt hat wie die Vermögensvermehrung
aus anderen Quellen. Wir haben in Deutschland eine
große Mittelschicht, die durch anständige Spararbeit
durch ein bescheidenes, zurückgezogenes Leben ihr Le-
bensziel darin sieht, allmählich ein Vermögen anzusam-
meln, damit auch Kinder und Nachkommen in ihrer
bisherigen sozialen Stellung leben können. Daß man
die Vermögen dieser Personen nach dem gleichen Maß-
stab verschonert wie die phantastischen Kriegsgewinne,
halte ich für falsch. Man zeigt ja mit Fingern auf die
Peute, die die großen Gewinne gemacht haben. Die
Steuerbehörden sollen sich nur richtig umsehen. Das
deutsche Volk hat sich durch Einfachheit und Sparsam-
keit immer wieder emporarbeitete. Diesen Weg müssen
wir auch diesmal wieder gehen, dann werden unsere
Wunden heilen, und wir werden wieder die alte Stel-
lung in der Welt erringen. (Beifall.)

Schlichter Graf Roeder: Die letzten Worte
des Vortrags kann ich nur unterschreiben. Bei jeder
Ausgabe werden wir uns immer zu fragen haben: wie
belastet sie den Steuerzahler? Ich habe mir auch sämt-
liche Bundesstaaten und sämtlichen preussischen Regie-
rungsbezirke die Resultate der Vermögensaufnahme zur
Kriegsteuer vorlesen lassen. Gewiß sind da Differenzen
vorhanden, daß aber diese neuen Veranlagungen mit
weniger als der Hälfte des Vermögensverhältnisses als im
Frieden geleistet werden konnten, dafür möchte ich auch
an dieser Stelle meinen Dank aussprechen. Der Vor-
redner hat dann Worte gesprochen, wie man die Kriegs-
gewinnler etwas stärker amaden könnte. Ihr Ausblick
hat sich im vorigen Jahre schon sehr einsehend mit
der Planung dieser Frage beschäftigt, und sie wird
unvermeidlich auch als eine der ersten bei dem weiteren
Ausbau der Kriegsteuer zu prüfen sein. Ob die Pla-
nung aber gelinzt, darüber möchte ich doch ein großes
Fragzeichen setzen. Die Frage ist nicht so einfach zu
lösen, wie der Vortrager meint hat. Eine Menge von
indirekten Gewinnen, die der Aktionär usw. macht, sind
sehr schwer zu verfolgen.

Abg. Vogt (Unabh. Soz.): Das deutsche Mit-

ist sehr groß. In früheren Kriegen waren die Ver-
treter der Schifffahrt die Hauptstützen der britischen
Expansionsbestrebungen. Denn fast alle Erwar-
tungen des britischen Weltreiches erhofften das Ver-
kehrsbedürfnis und brachten stehende Einnahmen
für das in Schifffahrt und Schiffbau angelegte Ka-
pital. Aus diesem Grunde begünstigten namentlich
die englischen Keeser den Eintritt in den Welt-
krieg als ein Geschäft wie immer, wie Sir
Edward Grey sich im Jahre 1914 ausdrückte.
Aber der U-Bootskrieg machte einen Strich
durch diese Rechnung. Seit Jahr und Tag blicken
die Keeser nicht nur ihre schönsten Schiffe ein,
die durch kein Geld entschädigt werden können, sondern
sie müssen sich sogar für einen erheblichen Teil ihrer
Klasse die Beschlagnahme von Seiten des Staates
gestatten lassen. Das Flaggschiff „Briton“ rief
für sich den Schiffseignern, ihren Besitz zu ver-
kaufen, weil man bei dem Wachstum des Sozialis-
mus mit der Verstaatlichung der Schifffahrt rechnen
müsse. Die Stimmung in diesen nicht besonders
kriegstüchtigen Kreisen ist daher überaus klein-
laut.

matum ist nicht geeignet, einen Zustand von Frieden
und Freundschaft mit Russland zu schaffen. Bei dem
ukrainischen „Brotfrieden“ streiten sich bereits Deutsch-
land und Österreich um den Raub. Die Interventions-
kriege, die wir jetzt im wehrlosen Russland führen, die-
nen nur den bestehenden Klassen der umstürzten Ge-
biete. In Estland haben wir keine moralischen Ero-
berungen gemacht. Die Estländer sehen sich nach Russland
zurück. Die Wahrheit läßt man uns nicht wissen. Jetzt
erstreckt ein Sachse eine Sineklure in Estland. Die Ba-
terlandspartei betreibt eine blutdürstige Propaganda
durch Anführerpostkarten gegen das Ausland. Wir sind
heute mit Haut und Haaren an die Militärliste ver-
kauft. Wir treiben eine verrückte Kriegspolitik. (Ge-
spräch.) Der Reichstag hat den Redner zum zweiten Male zur
Ordnung.)

Generalmajor v. Weisberg: Auf die persönlichen
Angriffe gegen den Generalobersten von Kessel gebe ich
nicht ein, da es sich dadurch nicht betroffen fühlen wird.
Es ist Pflicht der Militärbehörden auch aus dem Ober-
kommando in den Marken, in schwierigen Verhältnissen
für Ruhe und Ordnung zu sorgen. (Lärm der Un-
abhängigen Sozialdemokraten.)

Abg. von Traub (Unabh. Soz.): Die Befreiung der
Polen ist keine beabsichtigte, sondern eine zufällige
Folge der Niederwerfung des russischen Reiches.
Deutschland hat keine Feinde, es kann nicht vertragen
noch ein weiteres Volk von 20 Millionen zum Feinde
zu haben. Gerade in der polnischen Frage zeigt es, daß
es in Deutschland zwei Reaktionen gibt, die nicht nur
durcheinander, sondern häufig auch auseinander reate-
ren. Polen wird schlechter behandelt, als ein feindliches
Land. Die polnischen Arbeiter hat man in Deutschland
häfterschwärzler auszuscheiden. Die Verwaltung von
Ost-Ost ist geradezu polenfeindlich.

Interfraktioneller Ausschuß: Recht charakteristisch
für den Vortrager ist es, daß er immer nur Klagen
und Beschwerden vorbringt, aber niemals das Positive
erwähnt, was wir für Polen getan haben. Ich erinnere
an die Befreiung des Grodenparagrafen. Bei ihrem
Einmarsch fanden die deutschen Truppen im General-
gouvernement Warschau keinen einzigen Beamten pol-
nischer Sprache. Von einer Verwaltung war keine Rede.
Es herrschte ein Chaos. Wir haben eine unbeschreibliche
Anzahl geleistet. Die polnische Verwaltung ist eine
Forderung an die polnische Verwaltung. Polnische Gerichte
brechen Recht, die Selbstverwaltung nach deutschem
Muster ist in den Kreisen und Städten eingeführt, pol-
nische Schulen sind eingerichtet, ebenso eine polnische
Hochschule.

Ernennung von Oberlehrern zu Professoren.

Der neulich mitgeteilte Kaiserliche Erlass, durch
den für die älteren Oberlehrer die Amtsbezeichnung Stu-
dienrat angeordnet wurde, ist nunmehr, wie schon da-
mals angekündigt, durch eine ministerielle Verfügung
ernannt worden, nach der Oberlehrer, Studienräte und
Direktoren für hervorragende wissenschaftliche Leistun-
gen durch den Professortitel ausgezeichnet werden sol-
len; die Direktoren haben sofort die nötigen Vorschläge
zu machen. Diese werden aber recht umfangreich wer-
den, da das wissenschaftliche Streben unter den Ober-
lehrern unbewußt ist und die Grenzen für die Vor-
schläge der Direktoren recht weit gezogen sind; auch ist
es ja nur natürlich, daß jeder Direktor bestrebt sein
wird, in möglichst viel Ernennungen zu Professoren den
an seiner Anstalt lebenden wissenschaftlichen Geist
hervortreten zu lassen. So dürfte denn eine ganze Reihe
derjenigen, die sich eben erst mit gemischten Gefühlen
vom Professor zum Studienrat geküßelt haben, in kur-
zem sich in der allfälligen Lage sehen, beide Titel neben-
einander führen zu dürfen.

Aber den Wert der ganzen Neuordnung kann man
ja denken, wie man will; ganz allgemein aber ist auch
unter den Oberlehrern das Bestreben darüber, daß die
Frage gerade jetzt aufgerollt ist, daß gerade in der Zeit
des blutigen Krieger, das die Weltgeschichte kennt,
wo es sich um das Vaterlands Leben handelt, die
oberste Leistung unseres Schulwesens Zeit und Stim-
mung hat zu einzelnen herauszuheben und Vorschläge
über neue Beamtenstellen und dadurch in der Ver-
fälschung die Vorklasse erreicht als ob der Oberleh-
rer selbst in dieser ersten Zeit an der Ernennung
solcher unendlich bedeutsamen Vorschläge arbeite.
Wohl gehört die Regelung der Stellenfrage zu den alten
Wünschen der Oberlehrer, aber diese haben im Kriege
an der Front und in der Heimat etwas anderes zu
tun gehabt als sich damit zu beschäftigen. Sie hätten
in keinem unbeschäftigten Augenblick erfolgen können.

März 1918.

Die hier und auch andernorts verbreiteten
Gerüchte über eine allgemeine Verleugung beim Hüter
sperre auf den Eisenbahnen, die in nächster Zeit
eintreten sollte, entbehren jeder Grundlage und sind
nichts mehr als mißliches Gerüchte. Es sind nur
einige wenige verlässliche Einverständnisse im Hüter-
verkehr sowie ein weiterer vorübergehender Ausfall
von Personen- und Güterzügen notwendig
geworden, die am 1. März in Kraft treten.

Rur Märkisch-Oderland und Ostpreußen durch
die Kommunalverwaltung.

In Rur-Oderland und Ostpreußen teilt die Reichs-
finanzverwaltung mit, daß eine größere Menge Baum-
materialien als die zur Verfügung für das erste
Winterhalbjahr 1918 nicht zur Verfügung steht. Rollen
zu 50 und 100 Meter als unter 200 Meter zu
liefern, ist aus technischen Gründen nicht möglich.
Die Verteilung von Leinenwollen wird in allernächster
Zeit erfolgen.

Handel mit Getreidemitteln.

Dem Bundesrat liegt eine Vorlage über die
Ermäßigung der Getreidemittelpreise für Getreide-
lebensmittel vor. Für den Fall, daß der Bundesrat
dem Verordnungsentwurf zustimmt, wird im
Interesse der bereits im Handel befindlichen Getreide-
mittel eine Preisermäßigung während der Zeit, die noch
nicht einem neuen Mittel noch verkauft werden dürfen
vorgesehen werden. Trübsinnig empfiehlt es sich, daß
der Handel und zwar sowohl der Großhandel wie
der Kleinhandel beim Einkauf von Getreidemitteln
sich schon jetzt größte Vorsicht fühl und sich nicht
mit ungeprüften oder aus anderen bishrigen ab-
deutschen Getreidemitteln ausweisen abgeben
lassen einmünd, deren Verwertung während der
Lieferungszeit Schwierigkeiten bereiten würde. Die
Hersteller außer Getreidemitteln werden schon jetzt
im allgemeinen in der Lage sein, den Käufer die
amtliche Genehmigungsurkunde beizubringen, staat-
licher oder städtischer Getreidemittel vorzuzeigen,
mindestens aber Gutachten amtierender Sachverständiger
Unterstützungsmittel über Brauchbarkeit, geordneter,
falls auch über Preiswürdigkeit ihres Fabrikats vor-
zulegen.

(Dingden, 3. März. Befördert wurde zum
Serenanten der III. Offizier Hermann Brandt
im Inf.-Regt. Nr. 57, Sohn des Herrn Wilhelm
Brandt hier.

St. Landen, 2. März. Dieser Tage wurden nächst-
stehende einem hiesigen Landwirte 11 wertvolle Ge-
hühner und 2 Enten aus dem verlassenen Stall ge-
stohlen. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Musikanten u. Umgegend.

Klein-Rosen, 28. Februar. Gestern nachmittag ge-
gen 5 Uhr wurde bei der hiesigen Postagentur ein
schwerer Diebstahl verübt. Der Postagent hatte für
kurze Zeit das Dienstzimmer verlassen, ohne die Kasse
und die Zimmertür abzuschließen. Bei seiner Rückkehr
bemerkte er, daß die ganze Kasse mit mehr als
tausend Mark verschwunden war. Dem Täter ist man
auf der Spur.

Deutscher Reichstag.

Berlin, den 1. März.

Die erste Lesung des Etats wird fortgesetzt.
Abg. Graf Potjomski (bei keiner Fraktion) spricht
über die künftige Gestaltung der Reichsfinanzen. Es
war die Rede davon, den bestehenden Klassen einen Teil
ihres Vermögens zu entziehen. Als ich letzter des
Reichstages kam war unsere Schuldlast auf 14
Milliarden angewachsen war, kam mir das entsetzlich
hoch vor, und unter Mitwirkung des Zentrumsabgeord-
neten Dr. Lieber wurde ein Gesetz beschlossen, wonach
neue Mittel durch neue Steuern gedeckt werden sollten.
Später zog man vor, weitere Schulden zu machen, statt
den Steuerkampf aufzunehmen. Jetzt sind wir glücklich
bei 124 Milliarden Schulden angelangt. (Hört, hört!)
Die Lasten werden ungeheuer sein. Ist es richtig, in

Abg. Schenk (Soz.): Die Kriegsnötebedürfnisse
müssen auch in Polen Platz finden. Das heutige Po-
len ist ein feindliches Land, russisches Land.
Ein großer Teil der Bevölkerung war recht sehr von
russischem Geiste erfüllt. Was hat die Behandlung der
Polen in Preußen, die Kriegserkenntnisse im feindlichen
Rheinland Polen, was haben diese Dinge mit dem
Ukrainevertrag zu tun? Von diesen Sie nicht ablen-
ken, denn er ist auch der erste Schritt zur Selbständig-
machung Polens.

Neueste Telegramme.

Rühlmann und Cernin noch in
Bukarest.

MTB. Berlin, 2. März. (Drachh.) Die
Meldung, daß Staatssekretär v. Rühlmann und
Graf Cernin von Bukarest nach Breslau ab-
gereist seien, ist falsch.

Sperrung der französisch-schweizerischen
Grenze.

MTB. Bern, 2. März. (Drachh.) Schwei-
zerische Depesch-Agentur: Die französische Grenze
wurde Freitag mittag 12 Uhr gesperrt.

Zusammenbruch der Roten Garden
in Finnland.

MTB. Stockholm, 2. März. (Drachh.) Wie
„Dagens Nyheter“ aus Moskau erzählt, kündigt die
Herrschaft der Roten Garde in Finnland allmählich
an zusammenzubringen. Die Führung soll allen
von dort auszuenden Truppen befohlen haben,
wieder zurückzukehren.

Nach demselben Blatt verüble eine größere
Truppenmacht an der larenischen Front zwischen
Ramsau und Hissol die Weissen Garden zu umgehen,
wurde aber nach blutigen Kämpfen zurückgetrieben.

Mehrere Blätter melden, daß der schwedische
Generalkonsul Alfrid in Helsingfors mit seinem
Personal von Roten Garden gefangen genommen,
aber nach zwei Stunden wieder freigegeben wurde.

Schmächtige Behandlung der ukrai-
nischen Soldaten an der Salonikifront.

MTB. Sofia, 2. März. (Drachh.) Meldung
der Agence Bulgare. Der Fähnrich Alexander Go-
lowichanow, ein aus Moronech gebürtiger Ukrainer,
der in einer russischen Brigade in Saloniki
diente und die französischen Antriebe übernahm, um
nach Bulgarien zu begeben, erklärt in dem
Blatt „Kambana“, daß die meisten von den 20000
Russen, die sich an der Salonikifront befinden,
Ukrainer seien, die man nach der bolschewistischen
Revolution in Petersburg hinter die Front zurück-
war, um sie als Arbeiter zu verwenden, widrigen-
falls sie als Kriegsgefangene behandelt würden.
Trotz ihrer Erklärung, daß sie nach dem Friedens-
schluß mit der Ukraine zu entlassen seien, wur-
den die Truppen nach Afrika transportiert. Die
beiden Generale Zontewitsch und Tawanowitsch sind
in die Dienste des französischen Expeditionskorps
übergetreten. — Der entwichene Fähnrich bittet die
Russen gegen diese Behandlung seiner Landsleute
zu protestieren und ihre Beilegung zu fordern.

Theater-Spielplan.

Essener Stadttheater.

Sonntag, 3. März, Der Strom, abends 7 Uhr,
Der Postillon von Lonjumeau.
Dienstag, 5. März, Der Rosenkavalier.
Mittwoch, 6. März, Als ich noch im Jünglingsalter.
Donnerstag, 7. März, Der Postillon von Lon-
jumeau.
Freitag, 8. März, Der Freischütz.
Sonntag, 10. März, Als ich noch im Jünglings-
alter, abends 7 Uhr, Mignon.

Kaisburger Stadttheater.

Sonntag, 3. März, König.
Dienstag, 5. März, Carmen.
Donnerstag, 7. März, Die Kaiserin.
Freitag, 8. März, Der Geizige, hierauf: Der
Tartüffe.
Sonntag, 10. März, Der fliegende Holländer.

Kaisburger Stadttheater.

Sonntag, 3. März, Die Kaiserin.
Montag, 4. März, Selben auf Helgoland.
Dienstag, 5. März, Der Geizige, hierauf: Tartüffe.
Mittwoch, 6. März, Der Soldat der Marie.
Donnerstag, 7. März, König.
Freitag, 8. März, Tannhäuser.
Samstag, 9. März, Maria Stuart.
Sonntag, 10. März, Das Dreimäderlhaus.

Gottesdienst-Ordnung.

Sonntag, 3. März 1918.

St. Annes. (Gymnasium) 8.30 Uhr hl. Messe
mit Predigt, 2 Uhr Andacht. (Hospital) 7 1/2 Uhr
hl. Messe, 4 Uhr Andacht.

Andachten im Laufe der Woche.

St. Alara. Dienstag 5.15 Uhr Antoniusandacht.
Mittwoch (Fest der hl. Coelestia) 11.15 Uhr
Gebet: 6 Uhr Auslegung des hochwürdigsten
Gutes und hl. Messe, 7 Uhr Soz.amt, abends
6.30 Uhr Schlußandacht.

Verantwortlich für den allgemeinen Teil: Carl Stein,
für das Feuilleton: E. Temming, für den Reklam-
und Anzeigenteil: Franz Seggen, sämtlich in Bochum.

